



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik

Wachstumseffekte
bevölkerungsorientierte
Familienpolitik



BDI

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.



Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Vorwort

Der demografische Wandel stellt Politik und Wirtschaft in Deutschland vor gemeinsame Handlungserfordernisse. Neben den Konsequenzen für das Miteinander der Generationen rücken zunehmend auch die ökonomischen Effekte einer insgesamt alternden und schrumpfenden Bevölkerung in das öffentliche Bewusstsein. Die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung haben schon heute nachhaltige Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme und auf die Produktivität und die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft.

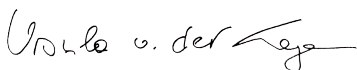
Es ist höchste Zeit für eine Vorsorgepolitik, die den drohenden demografischen Bremseffekten auf Wachstum und Wohlstand entgegentritt. Dazu kann und muss auch eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik einen eigenständigen Beitrag leisten. Ihr Ziel muss es sein, knappe Ressourcen so einzuteilen und zu konzentrieren, dass die wesentlichen Funktionen von Familie – Reproduktion, Unterhaltssicherung, Sozialisation, Daseinsvorsorge – mit ökonomischen Zielen harmonisieren können.

Wenn mehr Kinder geboren werden, mehr Frauen arbeiten können und sich dabei gleichzeitig die Bildungschancen der jungen Generation verbessern, wird eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik unmittelbar wachstumsrelevant: Mehr gut ausgebildete junge Menschen sind eine wesentliche Investition in zukünftiges wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Stabilität.

Die vorliegende Expertise zeigt auf der Basis einer fundierten Analyse der Wirkungen von unterschiedlichen familienpolitischen Instrumenten, welche Wachstumsdividende eine Nachhaltigkeit fördernde Politikgestaltung haben kann: Das Sozialprodukt könnte durch eine gezielte Familienpolitik in den nächsten Dekaden um ein zusätzliches Viertel gesteigert werden.

Wir wollen damit der wachstumspolitischen Debatte in Deutschland eine bevölkerungsorientierte Facette hinzufügen und einen gemeinsamen Impuls geben, der zeigt, wie Synergien zwischen Familienpolitik, Bildungspolitik und Beschäftigungspolitik wirksam werden können.

URSULA VON DER LEYEN



BUNDESMINISTERIN FÜR FAMILIE,
SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND

JÜRGEN R. THUMANN



PRÄSIDENT DES BUNDESVERBANDES
DER DEUTSCHEN INDUSTRIE

PROF. DR. MICHAEL HÜTHER



DIREKTOR DES INSTITUTS DER DEUTSCHEN
WIRTSCHAFT KÖLN

Inhalt

I.	Demografie und wirtschaftlicher Erfolg	7
II.	Was die Familienpolitik bei den Familien bewirkt	8
2.1	Steigerung der Geburtenrate	9
2.2	Steigerung der Erwerbstätigkeit	10
2.3	Steigerung des Bildungsstands	11
III.	Was die Familienpolitik in der Wirtschaft bewirkt	13
3.1	Förderung des Wachstums: Das Modell	13
3.2	Förderung des Wachstums: Einzelmaßnahmen	14
3.3	Förderung des Wachstums: Die Gesamtstrategie	16
3.4	Der primäre Effekt	17
3.5	Der Gesamteffekt	19
3.6	Die Wachstumsdividende der Familienpolitik im Jahr 2050	20
3.7	Die Wachstumsdividende im Zeitablauf	21
	Literatur	24

I.

Demografie und wirtschaftlicher Erfolg

Mehr und mehr wird deutlich, welche Folgen der demografische Wandel für unsere Gesellschaft hat. Dabei geht es nicht nur um die renten- und sozialpolitischen Aspekte einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung, sondern vor allem auch um die ökonomischen Konsequenzen zum Beispiel für das Wachstum.

Denn wirtschaftlicher Erfolg hängt jetzt und in Zukunft nicht nur von der absoluten Zahl der Erwerbsfähigen ab, die an der Erstellung des Bruttoinlandsprodukts mitwirken, sondern auch von der Zahl der älteren Menschen, die sie mitversorgen müssen. Ebenso stellt das Qualifikationsniveau der Bevölkerung wichtige Weichen für die Entwicklung von Einkommen und Wachstum in Deutschland. Denn von Bildungsstand und Innovationsfähigkeit hängt ab, in welchen Bereichen die Menschen beruflich tätig sein können und in welchem Maße Unternehmen in Deutschland dringend benötigten Nachwuchs an qualifizierten Fachkräften finden.

Die vorliegende Expertise zeigt auf, welche Wirkungen bis zum Jahr 2050 durch familienpolitische Maßnahmen entstehen können. Sie zeigt zunächst,

- (1) wie durch familienpolitische Maßnahmen die Kinderzahl erhöht werden kann,
- (2) wie sich Familienpolitik auf die Erwerbstätigkeit auswirkt und
- (3) wie sie zur Verbesserung des Bildungsstandes der Kinder beitragen kann.

In einem zweiten Schritt wird auf der Basis eines Wachstumsmodells des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch Szenario-Rechnungen ermittelt, welche Wachstumseffekte durch mehr Menschen, mehr Arbeit und eine bessere Ausbildung entstehen.

Zuerst wird dabei untersucht, welche Wachstumswirkungen allein von einer steigenden Kinderzahl mit der Folge von mehr Erwerbstätigen, einer veränderten Altersstruktur der Bevölkerung und der daraus resultierenden geringeren Abgabenbelastung der Wirtschaft ausgehen (primärer Effekt).

Danach wird ermittelt, welche weiteren Effekte durch eine wachstumsorientierte Familienpolitik zu erreichen wären, etwa weil mehr Frauen und Jugendliche erwerbstätig sein können – beispielsweise durch Verbesserungen der Kinderbetreuung, der frühkindlichen Förderung und durch Vermeidung von Humankapitalverlusten wegen langer beruflicher Auszeiten (Gesamteffekt).



Was die Familienpolitik bei den Familien bewirkt

Deutschland investiert derzeit 2,9 Prozent des BIP in familienpolitische Sach- und Barleistungen (ohne Steuerfreibeträge) und liegt damit über dem EU-15-Schnitt (2,08 Prozent). Der Schwerpunkt dieser Maßnahmen liegt auf der finanziellen Förderung von Familien durch steuerliche Erleichterungen, Kindergeld, Anerkennung von Kindererziehungszeiten, Gewährung von Erziehungsgeld und vieles andere mehr. Allerdings gibt es bisher keine vollständige Nomenklatur aller Familienleistungen, die insgesamt außerordentlich unübersichtlich organisiert sind. Erst recht fehlen bislang Evaluationen von Effekten und regelmäßige internationale Vergleiche. Dies soll künftig im Rahmen des vom BMFSFJ neu eingerichteten Kompetenzzentrums Familienleistungen geschehen.

Übersicht 1: Die Aufgaben der Familie

- Reproduktionsfunktion: Die grundlegende Aufgabe der Familie ist der Generationen erhalt. Die Familie sorgt für den zahlenmäßigen Erhalt der Bevölkerung.
- Haushaltsfunktion: Die Familie befriedigt die Grundbedürfnisse der Menschen nach Nahrung, Wohnen und Kleidung. Die Einkommenserzielung mittels einer Erwerbstätigkeit ist dabei zentral zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz.
- Sozialisationsfunktion: In der Familie werden Werte und Normen unserer Gesellschaft weitergegeben. Darüber hinaus erfolgen Erziehung und Bildung der Kinder vor allem in jungen (Kinder-)Jahren durch die Eltern und in von den Eltern ausgewählten Betreuungseinrichtungen, später in der Schule.
- Daseinsvorsorgefunktion: Die Familie übernimmt in schwierigen Phasen (Alter, Krankheit oder Armut) eine unterstützende Funktion.

Tatsache ist: In der Vergangenheit mangelte es an einer zielgerichteten Schwerpunktsetzung der familienpolitischen Maßnahmen, um die Familien in ihren unterschiedlichen Aufgaben (Übersicht 1) wirksam zu unterstützen.

Folgende Problemlagen sind heutzutage besonders relevant:

- Die Geburtenrate liegt seit Jahren deutlich unterhalb des Reproduktionsniveaus.
- Die Frauenerwerbstätigkeit steigt kontinuierlich, befindet sich im internationalen Vergleich jedoch nur im Mittelfeld. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist verbesserungsfähig.
- Der Bildungsstand der Kinder hängt in Deutschland so stark wie in fast keinem anderen OECD-Land von der familiären Herkunft ab, das heißt dem Staat gelingt es nicht, die Familien bei der Wahrnehmung ihrer Sozialisationsfunktion ausreichend zu unterstützen.

Eine nachhaltige Familienpolitik, die die Familien in Deutschland in ihrer Funktionswahrnehmung unterstützt, hat angesichts des bevorstehenden demografischen Wandels eine Erhöhung der Geburtenrate, eine Erhöhung der Erwerbstätigkeit sowie eine Verbesserung des Bildungsniveaus von Kindern zum Ziel. Doch die Wirkungen, die von familienpolitischen Maßnahmen ausgehen, sind aus mehreren Gründen schwer zu messen. Zum einen gibt es keine einheitliche Definition von Familienpolitik, zum anderen erfassen die vorhandenen Statistiken und Datensammlungen die relevanten Informationen nur unzureichend. Darüber hinaus liegen erforderliche Daten nicht im internationalen Vergleich oder über einen längeren Zeitraum vor. Daher ist die Zahl der international vergleichenden Studien begrenzt.¹ Vereinzelt gibt es jedoch Studien, die sich speziell mit der Situation in Deutschland befassen.²

2.1 Steigerung der Geburtenrate

Grundsätzlich lässt sich unterscheiden, welchen Effekt soziodemografische und ökonomische Faktoren sowie die staatlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf die drei genannten Bereiche Geburtenrate, Frauenerwerbstätigkeit und Bildungsstand der Kinder haben. Kursiv gedruckt sind dabei diejenigen Faktoren, die familienpolitisch beeinflusst werden können (Übersicht 2, vgl. auch die Übersicht 5 auf Seite 14).

Übersicht 2: Einflussfaktoren auf die Fertilität

Soziodemografische Faktoren	Ökonomische Faktoren	Staatliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen
<ul style="list-style-type: none"> ! Alter der Frau ! Alter des Mannes ! Anzahl der vorhandenen Kinder ! Alter der Kinder ! Bildungsstand der Frau ! Bildungsstand des Mannes 	<ul style="list-style-type: none"> ! Lohnsatz der Frau ! Lohnsatz des Mannes ! <i>Nichterwerbseinkommen bei Elternschaft</i> ! Allgemeine wirtschaftliche Lage, Arbeitslosigkeit ! <i>Soziale Sicherung</i> ! <i>Steuerliche Behandlung von Familien und Kindern</i> 	<ul style="list-style-type: none"> ! <i>Elternschutzregelung</i> ! <i>Betreuungsinfrastruktur</i> ! <i>Flexibilität der Arbeitsorganisation</i> ! Gesellschaftliches Rollenverständnis von Frauen und Männern

Quelle: IW-Zusammenstellung

kursiv: familienpolitisch beeinflussbare Faktoren

Die wesentlichen Ergebnisse hinsichtlich der Fertilität sind:

- ! Eine gut ausgebaute Betreuungsinfrastruktur und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle erhöhen die Möglichkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren, und haben eine positive Wirkung auf die Geburtenentwicklung. Das liegt zum einen darin begründet, dass sich das Rollenbild der Frauen verändert hat und sie größtenteils nicht mehr nur Mutter, sondern auch berufstätig sein möchten. Zum anderen zeigt sich darin auch, dass viele Familien aus finanziellen Gründen die Erwerbstätigkeit beider Elternteile wünschen. Menschen entscheiden sich dann eher für Kinder, wenn die wirtschaftliche Existenz gesichert ist.
- ! Das Nichterwerbseinkommen, steuerliche Erleichterungen und die soziale Sicherung von Familien wirken sich erhöhend auf die Geburtenrate aus, da sie eine finanzielle Unterstützung und Absicherung bieten.

1 d'Addio/d'Ércole, 2005; Adserá, 2004, 2005; Blanchet/Ekert-Jaffé, 1994; Castles, 2003; DelBoca et al., 2003; Gauthier/Hatzius, 1997; Jaumotte, 2003

2 Althammer, 2000; Büchner et al., 2006; Cigno et al., 2002; Genosko/Weber, 1992; Hank, 2002; Hank/Kreyenfeld, 2003; Hank/Kreyenfeld/Spieß, 2004; Weber, 2004;

- Die Wirkungsrichtung der Elternzeit ist nicht eindeutig: Es gibt Unterschiede zwischen Längsschnittuntersuchungen, die einen negativen Effekt finden, und Querschnittsuntersuchungen mit positiven Effekten. Offenbar spielen langfristige Erwartungen eine Rolle: Eine lange Elternzeit ist für den betreffenden Elternteil zunächst positiv, kann aber langfristig zu Nachteilen für Frauen etwa dann führen, wenn der Arbeitgeber unterstellt, dass Frauen im gebärfähigen Alter für mehrere Jahre ausscheiden und daher für höhere Positionen nicht in Betracht kommen. Antizipieren Frauen diese Situation, wirkt eine lange Elternzeit unter Umständen negativ auf die Fertilität jener Frauen, die Kinder und Karriere vereinbaren möchten.

Da die vorliegenden Studien stets nur einen Teil der familienpolitischen Maßnahmen untersuchen, Probleme bei der Datengrundlage aufweisen und untereinander kaum vergleichbar sind, müssen Schlussfolgerungen entsprechend vorsichtig gezogen werden. Will man die Wirkungsgröße der einzelnen politisch beeinflussbaren Faktoren beschreiben, so lässt sich tendenziell feststellen, dass hinsichtlich der Fertilität die Kinderbetreuungskosten und die Opportunitätskosten der Erwerbsunterbrechung³ einen großen Einfluss ausüben. Ferner lässt sich durch die Zahlung eines Elterngeldes die Kinderzahl erhöhen. Im Vergleich etwas weniger stark ist der positive Einfluss des Kindergeldes.

2.2 Steigerung der Erwerbstätigkeit

Die Familienpolitik hat ferner einen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit. Männer und Frauen können bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt werden. In der Vergangenheit ist zu beobachten, dass insbesondere für Frauen der gemeinsame Wunsch nach Beruf und Familie schwer zu vereinbaren war. Die Frauenerwerbstätigkeit wird von nahezu den gleichen Faktoren beeinflusst wie die Fertilität, wenn auch die Vorzeichen nicht immer in die gleiche Richtung zeigen (Übersicht 3):

- Die Höhe des Nichterwerbseinkommens wirkt bei der Fertilität positiv, setzt aber negative Arbeitsanreize und hat daher einen negativen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit.
- Auch die Besteuerung des Zweitverdieners wirkt sich auf die Frauenerwerbstätigkeit aus, da in der Regel die Frauen die Zweitverdienerinnen sind. Ein hoher Grenzsteuersatz auf das Einkommen des Zweitverdieners setzt negative Arbeitsanreize.

Übersicht 3: Einflussfaktoren auf die Frauenerwerbstätigkeit

Soziodemografische Faktoren	Ökonomische Faktoren	Staatliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen
<ul style="list-style-type: none"> Alter der Frau Anzahl der vorhandenen Kinder Alter der Kinder Bildungsstand der Frau 	<ul style="list-style-type: none"> Lohnsatz der Frau und des Mannes Nichterwerbseinkommen bei Elternschaft oder Arbeitslosigkeit Allgemeine wirtschaftliche Lage, Arbeitslosigkeit Soziale Sicherung Steuerliche Behandlung des Zweitverdieners 	<ul style="list-style-type: none"> Elternschutzregelungen Betreuungsinfrastruktur Flexibilität der Arbeitsorganisation Gesellschaftliches Rollenverständnis von Frauen und Männern

Quelle: IW-Zusammenstellung

kursiv: familienpolitisch beeinflussbare Faktoren

³ Die Opportunitätskosten der Erwerbsunterbrechung umfassen u. a. entgangenes Lohneinkommen, Humankapitalverlust und Verlust an Karrieremöglichkeiten.

Auch hier gilt, dass die Stärke der Effekte nur tendenziell bestimmt werden kann. Eine eher starke negative Wirkung hat die Besteuerung des Zweitverdieners. Einen etwas geringeren Einfluss haben die Kinderbetreuung, die sich positiv auswirkt, und das Nichterwerbseinkommen, das dämpfend auf die Frauenerwerbstätigkeit wirkt. Die bezahlte Elternzeit hat ebenfalls einen etwas geringeren Einfluss, dessen Richtung von der Dauer abhängt: Eine sehr kurze Elternzeit führt dazu, dass Frauen, die ihr Kind für einen längeren Zeitraum als die kurze Elternzeit betreuen wollen, komplett aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Andererseits führen lange Auszeiten dazu, dass Frauen Schwierigkeiten haben, in den Arbeitsmarkt zurückzukehren, weil ihre Qualifikationen nicht mehr auf dem notwendigen Stand sind und organisatorische oder technische Neuerungen im Unternehmen nicht verfolgt wurden.

Alles in allem beeinflussen sowohl die Anzahl der Frauen, die kindbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheiden, als auch die Dauer der Unterbrechung den Humankapitalbestand der Volkswirtschaft. Wissen und Fertigkeiten, die Frauen in Ausbildung und Studium erworben haben, liegen während der Babypause brach und gehen durch lange Auszeiten verloren. Politische Maßnahmen sollten darauf ausgerichtet sein, die Schwellen für die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit nach einer Geburt zu senken, damit die Qualifikationen der Frauen, die in den jungen Kohorten denen der Männer mittlerweile mindestens gleichwertig sind, produktiv genutzt werden können.

2.3 Steigerung des Bildungsstands

Der Bildungsstand kann durch eine Reihe von familien- und bildungspolitischen Maßnahmen beeinflusst werden (Übersicht 4):

- Eine Steuererleichterung für Familien mit Kindern sowie öffentliche Transfers verbessern die Ressourcenausstattung von Familien, die diese wiederum in die Förderung der Bildung der Kinder investieren können.
- Die öffentlichen Rahmenbedingungen (Ressourcenausstattung, Ganztagschulen, Schulautonomie, Bildungsstandards, Schulklima) haben einen Einfluss auf den Kompetenzerwerb von Kindern und Jugendlichen.

Übersicht 4: Einflussfaktoren auf den Bildungsstand

Soziodemografische Faktoren	Ökonomische Faktoren	Staatliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen
<ul style="list-style-type: none"> ■ Anzahl der Kinder ■ Bildungsstand der Eltern ■ Fähigkeiten der Eltern ■ angeborene/vererbte Fähigkeiten 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Einkommen der Eltern ■ Steuerliche Behandlung von Familien und Kindern ■ Öffentliche Transfers 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Anzahl, Ausbildung und Erfahrung der Lehrkräfte ■ Kindergarten- und Schulressourcen ■ Charakteristika des Bildungssystems ■ Zusammensetzung der Mitschüler und -schülerinnen

Quelle: IW-Zusammenstellung

kursiv: familienpolitisch beeinflussbare Faktoren

Bisher hängt in Deutschland wie in kaum einem anderen Land der Bildungserfolg der Kinder von der Herkunftsfamilie ab. Den Bildungsinstitutionen gelingt es nicht, Kindern unterschiedlicher Herkunft gleiche Bildungschancen zu eröffnen. Eine Untersuchung anhand der PISA-Daten (Anger et al., 2006) hat allerdings ergeben, dass das Einkommen der Eltern allein keinen statistisch signifikanten Effekt auf den Bildungserfolg der Kinder hat; es ist vor allem der Bildungsstand der Eltern, der einen signifikanten Einfluss ausübt.

Insgesamt zeigen die einschlägigen Studien folgendes Bild hinsichtlich der Rahmenbedingungen: Eine Erhöhung der Ressourcenausstattung hat sich als wenig effektiv erwiesen. Wesentlich größere positive Effekte sind von einer Reform des Bildungssystems im frühkindlichen Bereich, im Bereich der Ganztagschulen und hinsichtlich einer Modularisierung von Ausbildung und Studium zu erwarten – zum Beispiel durch einen weiteren Ausbau von Bachelor- und Masterstudiengängen.

Wissenschaftliche Studien belegen eindeutig, dass familienpolitische Maßnahmen in unterschiedlichem Ausmaß und auf verschiedene Art die Geburtenrate, die Erwerbstätigkeit und den Bildungsstand der Menschen beeinflussen können. Das folgende Wachstumsmodell versucht für Deutschland zu quantifizieren, welche Maßnahmen der Familienpolitik in welcher Kombination die optimale Balance für mehr Wachstum schaffen.

III.

Was die Familienpolitik in der Wirtschaft bewirkt

Die soziale und wirtschaftliche Integration von Familien stärkt nicht nur deren materielle Situation und Akzeptanz in der Arbeitswelt, sondern generiert, wenn sie beispielsweise dank besserer Vereinbarkeitsbedingungen zu einer erhöhten Erwerbstätigkeit von Müttern führt, ein stärkeres Wirtschaftswachstum, von dem alle Einwohner und Einwohnerinnen profitieren.

Mit Hilfe des folgenden Wachstumsmodells lässt sich ermitteln, welche Wachstumseffekte eine nachhaltige Familienförderung hat, da sich diese im Wachstumsmodell anhand einzelner so genannter Wachstumstreiber – das sind die Faktoren, welche die Höhe des Wachstums erklären – operationalisieren lassen.

3.1 Förderung des Wachstums: Das Modell

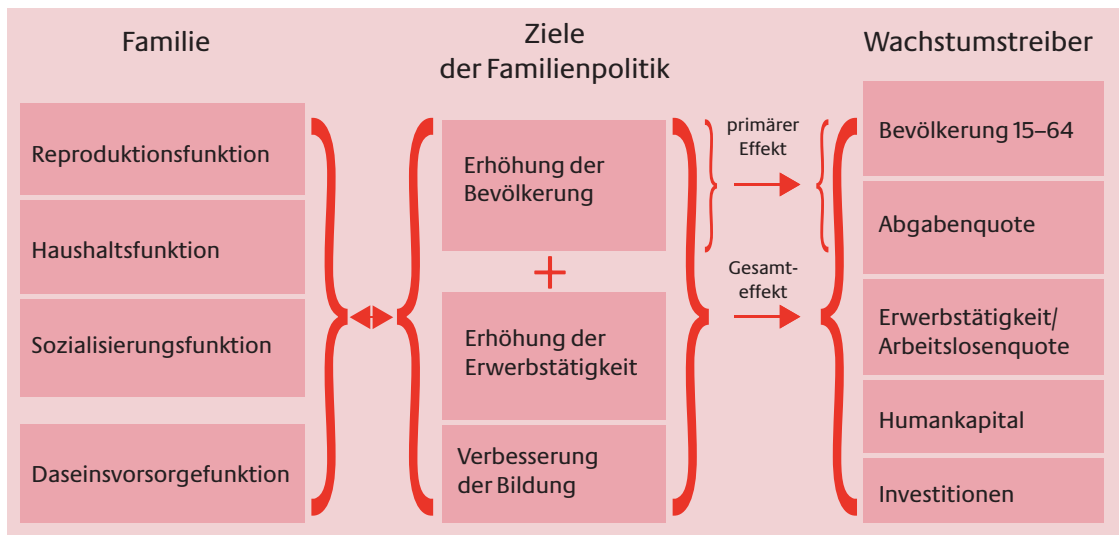
Für die Untersuchung der Wachstumseffekte der Familienpolitik wird ein Wachstumsmodell des Sachverständigenrates aus dem Jahr 2002/2003 verwendet. Als „Wachstumstreiber“ wählte der Sachverständigenrat neben dem Wachstum der Vorperiode die Bruttoanlageinvestitionen des Unternehmenssektors in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Daneben wird das Wachstum der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren betrachtet. Als dritte Variable wird das Humankapital, gemessen als Zahl der durchschnittlichen Jahre an formaler Bildung, verwendet. Als vierte Größe folgen die Bruttoanlageinvestitionen des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Die fünfte Variable ist die Abgabenquote insgesamt, die sich aus direkten Steuern, indirekten Steuern sowie aus Sozialbeiträgen der Unternehmen und privaten Haushalte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zusammensetzt. Sechstens wird das staatliche Defizit in Form des Finanzierungssaldos in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gemessen. Der siebte Wachstumstreiber ist die standardisierte Arbeitslosenquote nach ILO-Definition.

Durch das statistische Verfahren des Sachverständigenrates wird ermittelt, wie stark sich Änderungen bei den Wachstumstreibern auf die Wachstumsdynamik der Volkswirtschaft auswirken. Anhand dessen lässt sich berechnen, wie stark das Wirtschaftswachstum steigt, wenn beispielsweise die Gesamtabgaben sinken, die Qualifikationen der Menschen steigen oder die Beschäftigungsaussichten am Arbeitsmarkt verbessert werden.

Die statistische Analyse ermöglicht es, Veränderungen dieser Variablen auf ihre Wachstumswirkungen hin zu untersuchen. Als Folge einer zielgenauen Familienpolitik ist vor allem zu erwarten, dass sich die Kinderzahl und mittelfristig auch der Altersaufbau der Bevölkerung verändern. Dies hat ebenso wie die Entwicklung der Erwerbstätigkeit Auswir-

kungen auf die Gesamtabgaben. Ferner bestimmen familien- und bildungspolitische Maßnahmen die Veränderung der Humankapitalausstattung der erwerbsfähigen Bevölkerung, die ihrerseits Einfluss nimmt auf die Beschäftigung.

Übersicht 5: Die Wirkungskette der Familienpolitik



3.2 Förderung des Wachstums: Die Einzelmaßnahmen

In Tabelle 1 sind die Wirkungen der familienpolitischen Maßnahmen, die in nationalen wie internationalen Studien untersucht wurden, auf die Wachstumstreiber des Wachstumsmodells dargestellt. Familien- und bildungspolitische Maßnahmen können die Geburtenrate, die Erwerbstätigkeit insbesondere von Frauen sowie den Bildungsstand der Kinder beeinflussen. Sie unterstützen die Familie bei der Familiengründung und finanziellen Absicherung sowie bei der Erziehung und Ausbildung der Kinder. Betrachtet man diese Familienförderung aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive, so haben familienpolitische Maßnahmen damit Effekte auf das Wirtschaftssystem und insbesondere auf das Wirtschaftswachstum.

Tabelle 1: Wirkung von Familien- und Bildungspolitik auf einzelne Wachstumstreiber

	Bevölkerung	Arbeitslosigkeit / Erwerbstätigkeit	Humankapital	Abgaben
Elterngeld (67% für 12+2 Monate), Verkürzung der beruflichen Auszeit	+	+	+	+
Kinderbetreuung, Ganztagsbetreuung U3/Ü3	+	+	+	+
Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten, Ganztagschulen	+	+	+	+
Modularisierung von Ausbildung/Studium	+		+	

Quelle: IW-Darstellung; +: positive Wirkung, d. h. Bevölkerung steigt/Arbeitslosigkeit sinkt oder Erwerbstätigkeit steigt/Humankapital steigt/Abgaben sinken; leere Kästchen: kein signifikanter Einfluss; U3: unter Dreijährige, Ü3: über Dreijährige

Die Wirkungsrichtungen der wachstumsfördernden familienpolitischen Maßnahmen werden im Folgenden näher erörtert. Dabei zeigt sich, dass diese Maßnahmen nicht nur die Familien in ihren Aufgaben unterstützen und einen Ausgleich zwischen Familien und kinderlosen Haushalten schaffen, sondern auch positive Effekte auf das wirtschaftliche Wachstum haben.

Einführung des Elterngeldes mit einer Bezugsdauer von 12 (+2) Monaten:

- Die Einführung eines Elterngeldes als Lohnersatzleistung kann langfristig die Reproduktionsfunktion der Familie stärken und zu einem größeren Bevölkerungswachstum führen, da Einkommenssicherheit besteht und eine Stärkung der Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt erreicht wird. Zusammen mit einem Ausbau der Kinderbetreuung bedeutet dies mehr Wahlfreiheit zwischen Familienmodellen, so dass die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf erleichtert wird.
- Das Elterngeld unterstützt die Existenzsicherung der Familienmitglieder und mindert den Achterbahneffekt beim Einkommen, der in der Regel durch den Wegfall eines Einkommens nach der Geburt entsteht. Es wird zwar kein Einfluss des Elterngeldes auf die Frauenerwerbstätigkeit im ersten Lebensjahr des Kindes erwartet, da bereits heute viele junge Mütter ein Jahr aussetzen. Ab dem zweiten Lebensjahr des Kindes ist durch die Bezugsdauer des Elterngeldes jedoch ein Anstieg der Erwerbstätigkeit von Müttern zu erwarten. Das Elterngeld erhöht auch die Frauenerwerbstätigkeit vor der Geburt, da es sich um eine Lohnersatzleistung handelt, die Anreize zur Arbeitsmarktpartizipation schafft.
- Kurzfristig ist von Vorteil, dass Frauen früher auf den Arbeitsmarkt zurückkehren können, und langfristig, dass die zu erwartende Lohneinbuße bei kurzer Erwerbsunterbrechung deutlich geringer ausfällt als bei einer dreijährigen Auszeit. Diese Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit erhöht die Steuereinnahmen und verringert die Sozialabgaben.
- Das Humankapital einer Volkswirtschaft steigt, wenn qualifizierte Frauen kürzer in Elternzeit sind und die Möglichkeit haben, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten im Beruf einzusetzen. Dadurch verringern sich die Verluste, die während einer dreijährigen Elternzeit entstehen und gleichzeitig den Wiedereinstieg ins Arbeitsleben erschweren.
- Durch die Regelung der Partnermonate und die Funktion des Elterngeldes als Lohnersatz werden Männer motiviert, sich mehr Zeit für die Kinderbetreuung zu nehmen. Das erleichtert vielen Frauen die Entscheidung zur Familiengründung.

Ausbau der Infrastruktur, insbesondere der Kinderbetreuung für unter Dreijährige bzw. der Ganztagsbetreuung für unter Sechsjährige; Dienstleistungszentren neuer Art:

- Eine gut ausgebaute Kinderbetreuungsinfrastruktur stärkt die Reproduktions- und Haushaltsfunktion durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die erhöhte Frauenerwerbstätigkeit führt zu steigenden Steuereinnahmen und reduziert das Wachstum der Abgaben. Darüber hinaus entstehen im Betreuungssektor selbst neue Beschäftigungsmöglichkeiten.
- Eine Stärkung des Bildungsauftrages von Kindertageseinrichtungen und der Ausbau von Ganztagschulen führen zu einem höheren Bildungsstand der Kinder. Das Humankapital der Volkswirtschaft steigt, da Bildungspotenziale besser ausgeschöpft werden,

mehr Startchancengerechtigkeit entsteht und die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der Herkunftsfamilie verringert wird. Zudem haben besser qualifizierte Kinder später ein geringeres Arbeitslosigkeitsrisiko.

- | Um den Erfolg der (frühkindlichen) Bildung nachhaltig zu stärken, ist es essentiell, auch die Eltern mit einzubeziehen und die Interaktion zwischen Einrichtungen/Schule und Elternhaus zu stärken. Virtuell sind dazu kommunal angebotene Familienportale ein guter Ansatz, die Informationen zu unterschiedlichen Familienleistungen bündeln und schnell erreichbar machen. Als Anlaufstelle im konkreten Lebensumfeld sind die aus England stammenden Early Excellence Centres ein positives Beispiel. Deren Idee besteht darin, Dienstleistungszentren (Familienzentren, Eltern-Kind-Zentren, Mehr-Generationen-Häuser) zu entwickeln, die bestehende Angebote für Familien vor Ort vernetzen und qualitativ erweitern.

Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten, Ganztagschulen:

- | Die Geburtenrate kann steigen, wenn sich durch frühere Berufsabschlüsse der Zeitraum für die Erfüllung des Kinderwunsches vergrößert, und so die Familiengründung nicht mit anderen wichtigen Weichenstellungen in der Biografie der jungen Generation kollidiert.
- | Dies steigert die Jugenderwerbstätigkeit und senkt gleichzeitig die Personalkosten im Bildungssystem.
- | Durch Ganztagschulen kann eine Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten ohne Humankapitalverlust erreicht werden. Insgesamt wird eine Erhöhung des Humankapitals erreicht, da vor allem Kinder aus bildungsfernen Schichten auch am Nachmittag von einem lernförderlichen Umfeld profitieren.

Modularisierung der Ausbildung:

- | Auch hierdurch wird die Geburtenrate mittelfristig erhöht, da das Zeitfenster für die Familiengründung vergrößert wird, wenn Ausbildungsmodule zeitlich verschoben werden können.
- | Die Humankapitalausstattung verbessert sich, da mehr Menschen zu höheren Abschlüssen motiviert werden, wenn die Schwelle zur Aufnahme eines Studiums sinkt und Anreize für spätere Masterabschlüsse bestehen.

3.3 Förderung des Wachstums: Die Gesamtstrategie

Die Berechnungen zu den Wachstumseffekten der Familienpolitik werden im Folgenden in zwei Schritten vorgenommen:

- | Der **primäre Effekt** auf das Wirtschaftswachstum besteht aus einer Erhöhung der Geburtenrate, die sich im Modell zum einen in einer Zunahme der Bevölkerung widerspiegelt und zum anderen zu einem geringeren Abgabewachstum führt, da das Verhältnis der Bevölkerung im Alter von über 65 Jahren zur Zahl der Erwerbspersonen weniger stark steigt als bei der Geburtenrate im Ausgangsszenario.

- I Für den **Gesamteffekt** wird ermittelt, wie hoch das Wirtschaftswachstum ausfällt, wenn die Steigerung der Kinderzahl durch wachstumsförderliche Maßnahmen erreicht wird, wenn also die Erhöhung der Geburtenrate einhergeht mit einer Steigerung insbesondere der Frauenerwerbstätigkeit und einer Verbesserung des Bildungsstandes der Kinder. Zu den rein quantitativen Effekten der höheren Kinderzahl kommen folglich qualitative Effekte – auch für die zusätzlich geborenen Kinder. Für die Wachstumstreiber bedeutet dies, dass sich Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit verändern und die Abgabenquote sinkt. Außerdem ergibt sich ein höherer Humankapitalbestand.

3.4 Der primäre Effekt

Den Berechnungen der primären Wachstumseffekte familien- und bildungspolitischer Maßnahmen liegen folgende Annahmen zugrunde (Übersicht 6):

Übersicht 6: Annahmen für den primären Wachstumseffekt

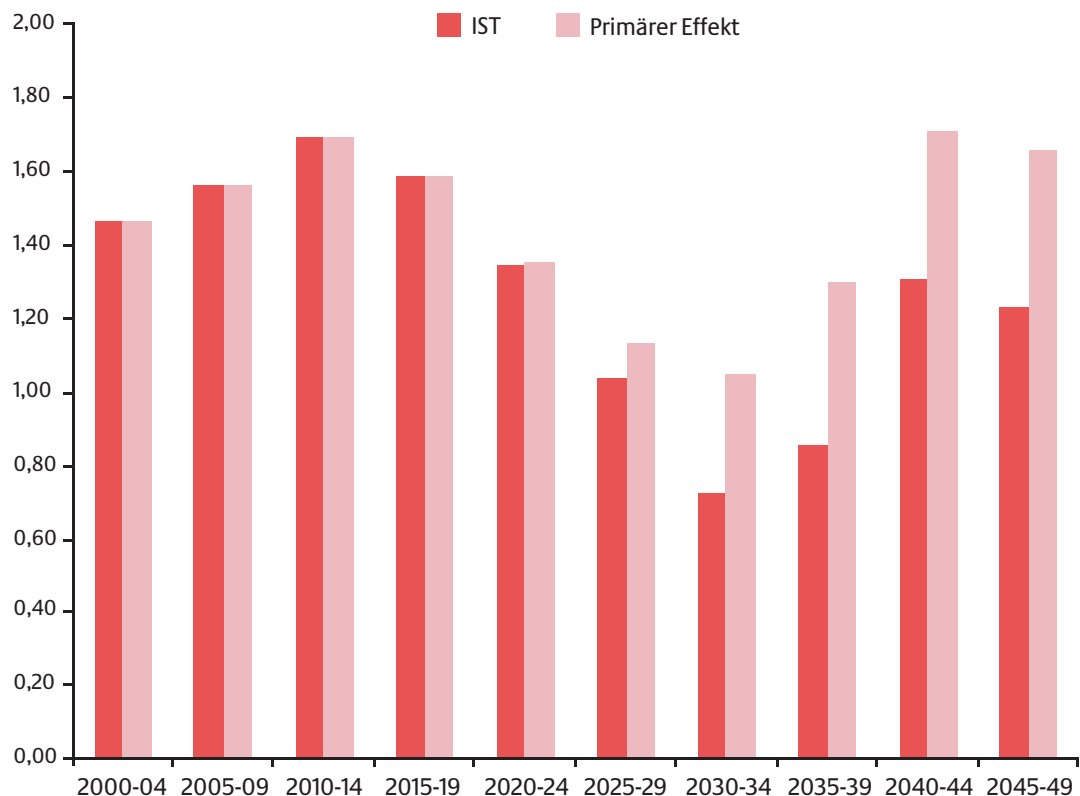
- I Die **Geburtenrate** steigt auf Grund der politischen Maßnahmen bis 2014 auf 1,7 Kinder je Frau an.⁴
- I Aufgrund des steigenden Alterslastquotienten wird davon ausgegangen, dass im IST-Szenario die **Gesamtabgabenquote** in der OECD-Definition von 35,8 Prozent (Fünfjahresdurchschnitt 2000–04) auf 41,9 Prozent im Jahr 2030 und 45,5 Prozent im Jahr 2050 steigt.
- I Durch die steigende Kinderzahl **nimmt die Zahl der Beitragszahler** ab 2025 im Vergleich zum IST-Szenario kontinuierlich **zu**, so dass die **Gesamtabgabenquote** im Jahr 2030 41,5 Prozent beträgt und bis 2050 nur auf 43,2 Prozent steigt.

Durch die steigende Kinderzahl verändert sich das **BIP-Wachstum** in dem angebotsseitigen Modell in den nächsten 20 Jahren nicht. Erst wenn die zusätzlichen Kinder erwerbstätig sind, tragen sie zu einer höheren Produktion bei. Ferner nimmt dann das Wachstum der Gesamtabgabenquote ab, da mehr jüngere Einzahler die Sozialsysteme stabilisieren.

Der demografiebedingte starke Einbruch der BIP-Wachstumsrate zwischen 2025 und 2035 kann also durch die Familienpolitik korrigiert werden. Im IST-Szenario steht den aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Babyboomer-Jahrgängen nur eine sinkende Zahl an nachrückenden jungen Menschen gegenüber. Dadurch sinkt das Trendwachstum des Gesamt-BIP von aktuell etwa 1,4 bis 1,7 Prozent auf 0,7 Prozent ab. Berücksichtigt man den Effekt einer steigenden Kinderzahl, so bleibt das Trendwachstum oberhalb von 1 Prozent (Abbildung 1). Auch langfristig wirkt sich eine steigende Kinderzahl deutlich auf das BIP-Wachstum aus. Das Produktionspotenzial wächst mit einer Rate von über 1,6 Prozent. Ohne eine steigende Kinderzahl wäre zwischen 2040 und 2050 nur ein Wachstum von 1,2 bis 1,3 Prozent zu erwarten.

⁴ Diese Kinderzahl entspricht der gewünschten Kinderzahl der Deutschen (BiB/Robert Bosch Stiftung, 2006). Verschiedene Studien haben gezeigt, dass es keineswegs unrealistisch ist, eine deutliche Erhöhung der Kinderzahl zu erreichen (Bertram et al., 2005; Prognos, 2005).

Abbildung 1: Jährliche Wachstumsraten des BIP in Fünfjahreszeiträumen im IST-Szenario und bei einer steigenden Kinderzahl (primärer Effekt), in Prozent



Quelle: IW-Berechnungen

Da eine steigende Zahl an Kindern auf der Angebotsseite keine Wachstumseffekte verursacht, bis die Kinder ins erwerbsfähige Alter kommen, ist für das Wachstum des **BIP je Einwohner** in einer Übergangsphase mit einem Rückgang zu rechnen – das gegebene BIP muss auf mehr Einwohner verteilt werden. Ab dem Jahr 2030 überwiegt jedoch die Zunahme bei der Zahl der Erwerbstätigen und die Stabilisierung der Gesamtabgaben die steigende Zahl an Einwohnerinnen und Einwohnern, so dass eine Zunahme des Wachstums des BIP je Einwohner eintritt. Dieser Wachstumseffekt schmilzt ab 2040 allerdings wieder ab, da die nach 2010 zusätzlichen Kinder nun als Eltern wiederum zusätzliche Kinder zur Welt bringen können.

3.5 Der Gesamteffekt

Der Berechnung des Gesamteffektes familienpolitischer Maßnahmen liegen folgende Annahmen zugrunde:

Übersicht 7: Annahmen für den Gesamteffekt

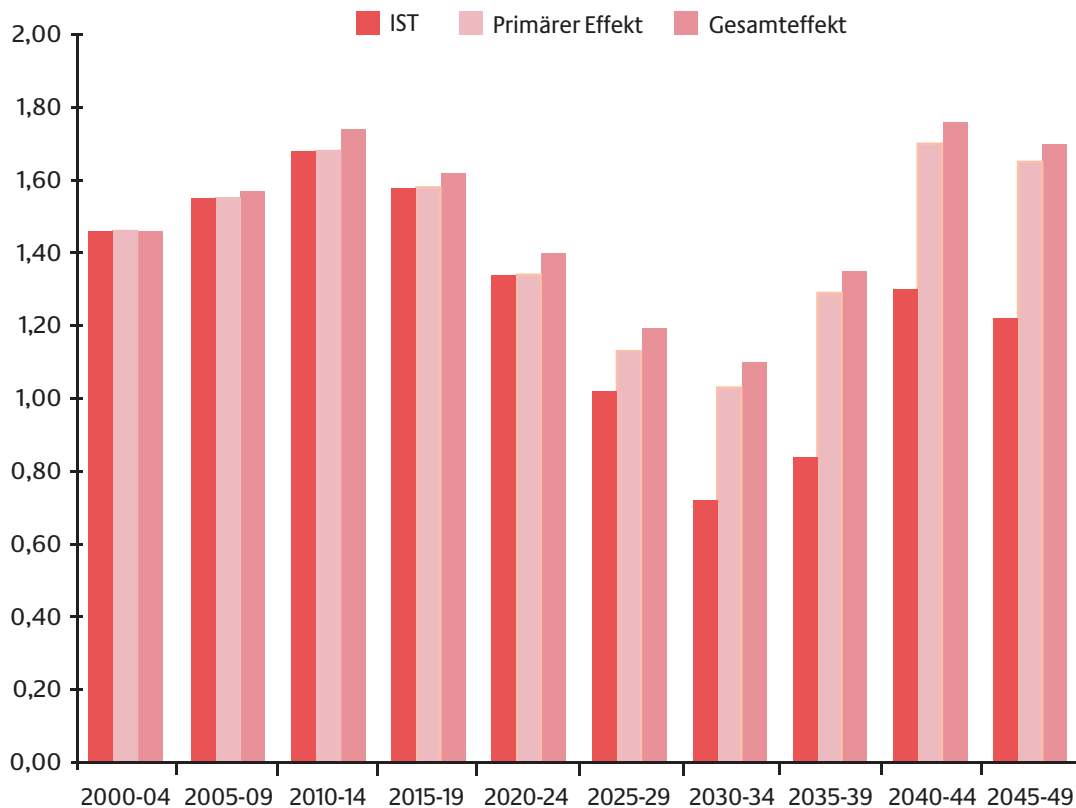
- Die **Geburtenrate** steigt bis 2014 auf 1,7 Kinder je Frau an.
- Der Anstieg der **Abgabenquote** kann durch eine steigende Erwerbsquote der Frauen und einen früheren Arbeitsmarkteintritt der Jugendlichen reduziert werden. Dies ist schon kurz- bis mittelfristig spürbar (2030: 40,1 Prozent; 2050: 41,7 Prozent).
- Durch den Ausbau der frühkindlichen Bildung/Betreuung, durch Ganztagschulen und eine Modularisierung von Berufsausbildung und Studium steigt das Qualifikationsniveau an. Das Humankapital der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erhöht sich kontinuierlich bis 2050. Die Zahl der **standardisierten durchschnittlichen Bildungsjahre** steigt ab 2015 von 13,5 auf 14,4 Jahre im Jahr 2050 an.⁵
- Die höhere Qualifikation senkt bei gegebenen qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten die **Arbeitslosigkeit**, so dass die Erwerbslosenquote (OECD-Konzept) von 9,3 Prozent bis 2050 auf 7,9 Prozent sinkt. Ein weiterer Grund für die sinkende Erwerbslosenquote liegt in der höheren **Erwerbstätigkeit** von Frauen.

Wenn Familie und Beruf besser aufeinander abgestimmt sind, kann sowohl eine steigende Kinderzahl als auch eine zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen erreicht werden. Hierdurch nimmt das Erwerbspersonenpotenzial bereits kurz- bis mittelfristig zu, bevor die zusätzlichen Kinder später zu Erwerbspersonen heranreifen. Dadurch wird zusätzlich das Wachstum der Gesamtabgabenquote reduziert. Diese zusätzlichen Wachstumseffekte (Gesamteffekt) werden mittelfristig verstärkt, wenn die Kinder ab sofort durch den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesstätten und Ganztagschulen individuell besser betreut und gefördert werden. Dadurch kann der enge Zusammenhang zwischen Bildungsstand von Eltern und Kindern aufgebrochen werden; die Bildungspotenziale aller Kinder werden besser gefördert, das Humankapital steigt. Ferner kann bei gegebenen strukturellen Problemen auf dem Arbeitsmarkt durch eine steigende Qualifikation der nachrückenden Kohorten die Arbeitslosigkeit reduziert werden, so dass zusätzlich steigende Wachstumsimpulse zu erwarten sind.

Das **BIP-Wachstum** steigt damit bereits kurzfristig leicht an und bleibt über den gesamten Zeitraum oberhalb des Wachstums, das bei Berücksichtigung der primären Effekte erreicht wird. Die Wachstumsdelle durch den Übergang der Babyboomer in den Ruhestand kann weiter geglättet werden, das langfristige Wachstumspotenzial nimmt zu (Abbildung 2).

⁵ Der Anstieg der standardisierten Bildungsjahre ergibt sich aus der Höherqualifizierung der Bevölkerung. Ein im Vergleich zu heute größerer Anteil an Menschen wird ein Studium absolvieren, so dass die Zeit, die in Bildung investiert wird, steigt. Gleichzeitig wird die Studiendauer jedoch kürzer sein als im derzeitigen System.

Abbildung 2: Jährliche Wachstumsraten des BIP in Fünfjahreszeiträumen im IST-Szenario, bei einer steigenden Kinderzahl (primärer Effekt) und bei wachstumsorientierter Familienpolitik (Gesamteffekt), in Prozent



Quelle: IW-Berechnungen

Durch die Zunahme des Gesamtwachstums ist auch die Reduzierung der Wachstumsrate des **BIP je Einwohner** in der Übergangsphase geringer. Selbst in der demografisch belasteten Wachstumsphase zwischen 2030 und 2034 bleibt das Wachstum des BIP je Einwohner etwa auf dem Niveau der ersten fünf Jahre dieses Jahrhunderts. Langfristig sind Wachstumsraten des BIP je Einwohner von etwa 2 Prozent zu erreichen.

3.6 Die Wachstumsdividende der Familienpolitik im Jahr 2050

Im IST-Szenario steigt das Gesamt-BIP bis 2050 um knapp drei Viertel an. Für das BIP je Einwohner gilt das in noch etwas stärkerem Maße, da die Einwohnerzahl aufgrund des demografischen Wandels rückläufig ist. Durch die oben skizzierte Familienpolitik steigt das BIP jedoch stärker an als im IST-Szenario. Diese zusätzliche Zunahme soll im Folgenden als Wachstumsdividende bezeichnet werden.

Beim **primären Effekt der Familienpolitik** wird der isolierte Wachstumseffekt einer steigenden Kinderzahl berechnet und mit der Entwicklung im IST-Szenario verglichen. Das Gesamt-BIP steigt um zusätzliche 15 Prozentpunkte an, beim BIP je Einwohner ergeben sich am Ende der Anpassungsphase keine Unterschiede zum BIP je Einwohner im IST-Szenario.

Mit Blick auf die Wachstumseffekte ist es bei der Familienpolitik nicht nur wichtig, die Kinderzahl zu erhöhen, sondern dabei auch diejenigen Maßnahmen auszuwählen, welche die stärksten positiven Effekte auf die Wachstumstreiber haben. Dies wird bei der Betrachtung des **gesamten Wachstumseffekts** berücksichtigt. Das Gesamt-BIP nimmt um zusätzliche 24 Prozentpunkte zu, und auch das BIP je Einwohner kann um weitere 9 Prozentpunkte gesteigert werden (Tabelle 2).

Tabelle 2: Die Wachstumsdividende bis zum Jahr 2050

	Das BIP steigt bis 2050 um ... stärker als im IST-Szenario	Das BIP je Einwohner steigt bis 2050 um ... stärker als im IST-Szenario
durch primären Effekt der Familienpolitik	+15 Prozentpunkte	+0 Prozentpunkte
durch Gesamteffekt der Familienpolitik	+24 Prozentpunkte	+9 Prozentpunkte

3.7 Die Wachstumsdividende im Zeitablauf

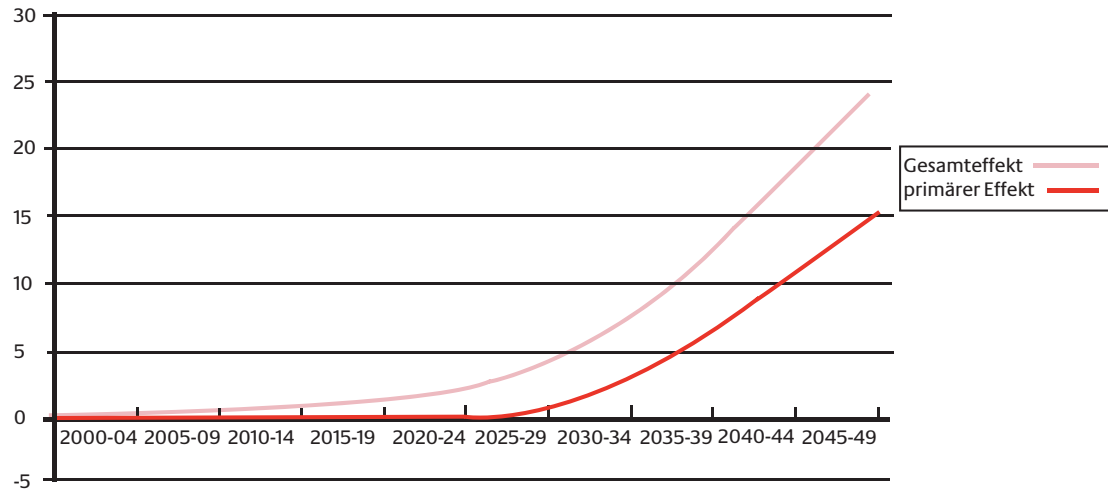
Die positiven Wachstumseffekte, so zeigt sich, werden in etwa 20 Jahren wirksam werden und sich im Zeitablauf verstärken. Die Wachstumsdividende pro Einwohner ist jedoch in einer Übergangszeit rückläufig, weil die Zahl der Kinder zwar ansteigt, viele von ihnen aber noch nicht erwerbsfähig sind, so dass das vorhandene BIP auf mehr Personen verteilt werden muss. Erst wenn die zusätzlichen Kinder in das erwerbsfähige Alter kommen, entstehen Wachstumsimpulse durch die steigende Erwerbstätigkeit und die Verringerung des Abgabewachstums. Die Wachstumsdividende je Einwohner ist am Ende der Anpassungsphase null.

Durch die zusätzlichen Effekte der Familienpolitik auf die Wachstumstreiber kann der Rückgang des BIP je Einwohner gegenüber dem IST-Szenario verringert werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert sich bereits in den kommenden Jahren, so dass die Erwerbstätigkeit zunimmt und das Abgabewachstum reduziert werden kann. Ab dem Jahr 2025 wirkt sich die bessere frühkindliche Förderung in Form besser qualifizierter Jahrgänge aus, die in den Arbeitsmarkt eintreten. Die Wachstumsdividende steigt an.

Bezieht man den primären Wachstumseffekt auf das Gesamt-BIP, so hat die höhere Kinderzahl bereits während der Übergangsphase einen positiven Effekt (Abbildung 3): Ab 2025 nimmt die Wachstumsdynamik gegenüber dem IST-Szenario deutlich zu, da die Abgabenquote sinkt und die Zahl der Erwerbstätigen ansteigt. Zusätzlich zur Zunahme des BIP im IST-Szenario kann durch die Erhöhung der Kinderzahl das BIP weiter gesteigert werden. Die zusätzliche Erhöhung steigt auf 15 Prozentpunkte an. Weitere 9 Prozentpunkte ergeben sich durch die Wahl der familienpolitischen Maßnahmen, die neben der Erhöhung der Kinderzahl besonders positive Effekte auf die Wachstumstreiber bewirken. Der Gesamteffekt auf das BIP führt somit dazu, dass die Zunahme des BIP im IST-Szenario bis zum Jahr 2050 um zusätzliche 24 Prozentpunkte gesteigert werden kann.

Abbildung 3: Die Wachstumsdividende im Zeitablauf

Zusätzliche Erhöhung des BIP gegenüber dem Wachstum im IST-Szenario, in Prozentpunkten



Quelle: IW-Berechnungen

Eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik kann demnach spürbare Wachstumsimpulse erzeugen. Das Gesamt-BIP steigt deutlich an:

- Der vor allem demografiebedingte Rückgang der jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate des Produktionspotentials auf 0,7 Prozent um das Jahr 2030 kann durch eine wachstumsorientierte Familienpolitik gemildert werden. Selbst in diesem Zeitraum ist durch eine geeignete Familienpolitik eine jährliche Wachstumsrate von 1,1 Prozent zu erreichen.
- Langfristig, also nach der Phase des Ausscheidens der Babyboomer-Jahrgänge aus dem Arbeitsmarkt, ist eine jährliche Wachstumsrate von 1,2 bis 1,3 Prozent zu erwarten. Durch eine wachstumsorientierte Familienpolitik kann diese jährliche Rate auf 1,7 Prozent gesteigert werden.
- Insgesamt kann die Zunahme des **BIP bis zum Jahr 2050 um weitere 24 Prozentpunkte** gesteigert werden. 15 Prozentpunkte ergeben sich allein durch die mit der steigenden Kinderzahl verbundenen primären Wachstumseffekte. Weitere 9 Prozentpunkte werden gewonnen, wenn die richtigen familienpolitischen Maßnahmen zur Steigerung der Kinderzahl ausgewählt werden.
- Auch die Zunahme des BIP je Einwohner kann langfristig um zusätzliche 9 Prozentpunkte gesteigert werden, wenn eine wachstumsorientierte Familienpolitik betrieben wird.

Eine nachhaltige Familienpolitik sollte aus wachstumsorientierter Sicht eine Geburtensteigerung mit einer Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit und besseren Bildungschancen für Kinder verbinden. Dies ist durch die Einführung eines Elterngeldes, den Ausbau der frühkindlichen Kinderbetreuung, die Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten bei gleichzeitiger Einführung von Ganztagschulen und durch eine Modularisierung der Ausbildung möglich. Eine solche gezielte Familienpolitik trägt zu einer Steigerung des Sozialproduktes bei und kann den drohenden demografischen Bremseffekten auf Wachstum und Wohlstand spürbar entgegenwirken.

Literatur

7. Familienbericht, 2006, Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Bericht an die Bundesregierung

D’Addio, Anna Cristina/**d’Ercole**, Marco Mira, 2005, Trends and Determinants of Fertility Rates in POECD Countries: The Role of Policies, OECD Social, Employment and Migration Working Papers 27, Paris

Adserá, Alicia, 2004, Changing fertility rates in developed countries. The impact of labor market institutions, in *Journal of Population Economics*, 17, S. 17–43

Adserá, Alicia, 2005, Vanishing Children: From High Unemployment to Low Fertility in Developed Countries, in *American Economic Review*, Jg. 95, Nr. 2, May 2005, S. 189–193

Althammer, Jörg, 2000, *Ökonomische Theorie der Familienpolitik. Theoretische und empirische Befunde zu ausgewählten Problemen staatlicher Familienpolitik*, Heidelberg

Anger, Christina/**Plünnecke**, Axel/**Seyda**, Susanne, 2006, Bildungsarmut und Humankapitalschwäche in Deutschland, IW-Analysen, Forschungsberichte aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln Nr. 18, Köln

Bertram, Hans/**Rösler**, Wiebke/**Ehlert**, Nancy, 2005, Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik, Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, Berlin

BiB/Robert Bosch Stiftung, 2006 – Bundesinstitut für Bevölkerungswissenschaft/Robert Bosch Stiftung, Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik, Stuttgart

Blanchet, Didier/**Ekert-Jaffé**, Olivia, 1994, The Demographic Impact of Family Benefits: Evidence from a Micro-Model and from Macro-Data, in: Ermisch, John/Ogawa, Naohiro (Eds.), *The Family, the Market and the State in Ageing Societies*, Oxford, S. 79–104

Del Boca, Daniela/**Pasqua**, Silvia/**Pronzato**, Chiara, 2003, Analyzing Women’s Employment and Fertility rates in Europe: Differences and Similarities in Northern and Southern Europe, CHLD

Büchner, Charlotte, et al., 2006, Wirkungsstudie „Elterngeld“, DIW Berlin: Politikberatung kompakt Nr. 18, Berlin

Cigno, Alessandro/**Casolaro**, Luca/**Rosati**, Furio, 2002/2003, The Impact of Social Security on Saving and Fertility in Germany, in: *Finanzarchiv*, Jg. 59, S. 189–211

- Gauthier**, Anne Hélène/**Hatzius**, Jan, 1997, Family benefits and fertility: An econometric analysis, in: Population Studies, Jg. 51, S. 295–306
- Genosko**, Joachim/**Weber**, Reinhard, 1992, The Impact of Family Allowances on Demographic Changes. A Case Study for Germany, Diskussionsbeitr age der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Ingolstadt Nr. 18, Ingolstadt
- Hank**, Karsten, 2002, Regional Social Contexts and Individual Fertility Decision: A Multilevel Analysis of First and Second Births in Western Germany, in: European Journal of Population, 18, S. 281–299
- Hank**, Karsten/**Kreyenfeld**, Michaela, 2003, A Multilevel Analysis of Child Care and Women’s Fertility Decisions in Western Germany, in: Journal of Marriage and Family, 65, August, S. 584–596
- Hank**, Karsten/**Kreyenfeld**, Michaela/**Spie **, Katharina, 2004, Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 33, Heft 3, Juni 2004, S. 228–244
- Jaumotte**, Florence, 2003, Female Labour Force Participation: Past Trends and Main Determinants in OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers No. 376, Paris
- Prognos**, 2005, Work Life Balance. Motor für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Stabilität, Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, Berlin
- Rürup**, Bert/**Gruescu**, Sandra, 2005, Familienorientierte Arbeitszeitmuster – Neue Wege zu Wachstum und Beschäftigung, Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, Berlin
- SVR** – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2002, Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum, Jahresgutachten 2002/2003, Stuttgart
- Weber**, Andrea, 2004, Wann kehren junge Mütter auf den Arbeitsmarkt zurück? Eine Verweildaueranalyse für Deutschland, ZEW Discussion Paper No. 04–08, Mannheim

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 0 18 05/77 80 90*
Fax: 0 18 05/77 80 94*
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Internet: www.bmfsfj.de

Stand:

Oktober 2006

Gestaltung:

KIWI GmbH, Osnabrück

Druck:

Koelblin-Fortuna-Druck, Baden-Baden

Für weitere Fragen nutzen Sie unser

Servicetelefon: 0 18 01/90 70 50**

Fax: 0 18 88/5 55 44 00

Montag–Donnerstag 7–19 Uhr

* jeder Anruf kostet 12 Cent pro Minute

** nur Anrufe aus dem Festnetz, 9–18 Uhr 4,6 Cent,
sonst 2,5 Cent pro angefangene Minute